

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Krummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16
Fernsprecher S. 21. 623 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Genf und der wirtschaftliche Wiederaufbau

Von F. Dubegeest

Die Zeit wirtschaftlicher Flaute, die nun seit nahezu vier Jahren anhält, wird immer noch vielfach als Krise bezeichnet. Eine Krise im gewöhnlichen Sinne des Wortes ist dann zu bezeichnen, wenn ein kritischer Punkt erreicht ist und eine Wendung oder Veränderung eintritt. Wirtschaftskrisen treten zum Beispiel auf dem Geldmarkt ein: eine große Bank macht bankrott, mehrere von ihr abhängige Kreditanstalten können ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, die Industrie gerät in Zahlungsschwierigkeiten, der Betrieb wird eingeschränkt und es tritt Arbeitslosigkeit und allgemeine Flaute ein. Solche Krisen machten sich bisher regelmäßig bemerkbar und gingen nach ein paar Jahren auch wieder vorüber. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts trat infolgedessen eine Veränderung ein, als diese Krisen infolge der Entwicklung des internationalen Verkehrs keinen nationalen Charakter mehr hatten, sondern zu einer internationalen Angelegenheit wurden. Das eine Land wurde wirtschaftlich vom andern abhängig. Die Krisen griffen tiefer ins allgemeine Wirtschaftsleben ein, obwohl auch unter den veränderten Verhältnissen nach einer gewissen Zeit eine Erholung eintrat. Man durfte deshalb annehmen, daß die Schwierigkeiten, die Ende 1921 und Anfangs 1922 eintraten, wieder einen derartigen Verlauf nehmen würden. Die Zeichen waren allerdings diesmal ernsterer Natur und traten in den meisten europäischen Ländern in Erscheinung. Wie üblich, hoffte man jedoch auch diesmal auf halbige Änderungen.

Wir mußten jedoch in den vergangenen fünf Jahren umlernen. Man braucht nur die Arbeitslosenzahlen zu prüfen, um festzustellen, wie die Menschheit überall gebüdt geht unter der anarchoischen Produktionsweise. Es wurden in den größeren Ländern wie England, Deutschland und Frankreich verzeihliche Anstrengungen gemacht, wieder in normale Bahnen einzutreten. Vor allem wurde auch auf die Abschaffung des Achtstundentages hingewirkt, um, wie man sagt, mit dem Ausland wettbewerbsfähig zu sein. Denn die Unternehmer sehen nun einmal in allen anderen Ländern niedrigere Produktionskosten als in ihrem eigenen Lande, obwohl nachgewiesenermaßen längere Arbeitszeiten ebensovienig wie Schutzölle Hilfe und Erlösung bringen können. Nationale Maßregeln haben wenig oder überhaupt nicht geholfen.

Seit langem hat sich die Theorie vom sich selbst wiederherstellenden Gleichgewicht als unhaltbar erwiesen. Der Fabrikant besteht jedoch immer noch auf der Richtigkeit dieser Annahme, wenn auch nicht mehr in so hochtrabenden Behauptungen wie vor dem Kriege. Wenn die Diplomaten in einer Völkerbundsversammlung in Genf an die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet appellieren und zu diesem Zweck eine große Konferenz einberufen, so darf man die Bedeutung eines solchen Schrittes nicht überschätzen. Wenn auch der Wille bei solchen Besprechungen gut ist, so sehen die gleichen Unternehmer und Diplomaten nach der Rückkehr in ihr Land plötzlich wieder die nationalen Grenzen und denken nur an ihre eigenen Vorteile. Man muß nicht meinen, daß Genf selbst uns Hilfe bringen kann, sozuzagen gegen den Willen chaotischer Nationen. Wenn die vorbereitende Kommission für die internationale Wirtschaftskonferenz zum zweiten Male zusammentritt, um darüber zu beraten, welche Fragen näher geprüft werden müssen, dann darf man nicht glauben, daß diese Kommission und anschließend die Konferenz selbständig die schlechte Lage verbessern können. Dazu ist der gute Wille der beteiligten Völker nötig. Gerade aus diesem Grunde muß solchen Bestrebungen, ohne sie zu überschätzen oder zu unterjücken, Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es zeigt sich deutlich, daß der internationale Charakter der heutigen Produktionsweise internationale Regelungen nötig macht. Uns als Gewerkschafter ist diese Erkenntnis nicht neu.

Wenn wir sehen, daß unsere Ansichten zum Teil oder ganz von unseren Gegnern übernommen werden, müssen wir unsere Erwartungen nicht zu hoch spannen; wir dürfen uns jedoch über die Tatsache freuen, daß unsere Stimme nicht vergebens erschalle. Wir müssen unsere Mißhüte leihen, auch wenn es sich nur darum handeln kann, einen Teil unseres Ideals zu verwirklichen. Ein solcher Fortschritt ist es schon, wenn international eingegriffen und die Erkenntnis reift, daß sich nicht wie früher alles von selbst geben wird. Das Bedienstet Verfaß liegt darin, daß es die Mächtigen zwingt, guten Willen zu zeigen; daß sie sich scheuen, als unwillig betrachtet zu werden. Die nationale Willkür wird beschränkt, da Genf die Mächte einer scharfen Kritik bloßstellt. Dieser moralische Zwang ist spürbar auf politischem Gebiet und auch jetzt in der vorbereitenden wirtschaftlichen Kommission. Im April machte zum Beispiel ein einflußreicher französischer Unternehmer den Versuch, das Werk der Kommission in sehr enge Grenzen zu bannen. Seine Worte fanden wenig Beifall und das Ergebnis war, daß nun ein umfassendes Programm vorliegt, auf dem kein Punkt fehlt, der auch nur einigermaßen der Beachtung wert ist. Natürlich haben auch die Kapitalisten ein gewisses Interesse an solchen Besprechungen. Hätten sie es nicht, so würden sie natürlich noch viel mehr Widerstand leisten. Sie wissen sehr gut, daß die Zeit ihrer Willkür vorbei ist. Die Schwierigkeiten, in denen sie sich befinden, machen sie nachdenklich und bringen sie dazu, andere Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen. Das Manifest der Banken, das zu einem großen Teil Ansichten wiedergibt, die der internationale Gewerkschaftsbund seit dem Jahre 1920 vertritt, ist nicht aus Liebe für diesen Bund zustande gekommen, sondern auf Grund der oben bemerkten Erwägungen. Die Bankherren sind seit langem nicht mehr für den uneingeschränkten Wettbewerb. Die harte Wirklichkeit zwingt zu anderen Auffassungen.

Es kann der Arbeiterklasse nur nützen, wenn sie sich an der Konferenz beteiligt und ihre Forderungen geltend macht.

An der internationalen Wirtschaftskonferenz ist es nun, zu zeigen, wie eingegriffen werden soll, um die Krisis zu überwinden. Die vorbereitende Kommission wird der Konferenz Richtlinien vorlegen, und diese stehen nun in diesem Monat zur Erörterung. Aus diesem Grunde wurde auch die Kommission zwecks Studiums der verschiedenen Probleme in drei Unterkommissionen eingeteilt: eine solche für die Landwirtschaft, eine andere für die Industrie und eine dritte für die Finanzen, die Absatzmärkte und die Handelspolitik. In erster Arbeit sollen die Ursachen der wirtschaftlichen Konflikte geprüft werden. Hierauf wird die Kommission der Konferenz entsprechende Vorschläge machen und diese soll danach trachten, zu endgültigen Schlüssen zu kommen.

Feinde des Fortschritts

Die ungeheure Zunahme der Arbeitslosigkeit, die wir seit einem Jahr in Deutschland zu verzeichnen haben, rührt, wie an dieser Stelle wiederholt nachgewiesen, letzten Endes von den schnellen Fortschritten der sogenannten Rationalisierung her. Die Rationalisierung besteht — nicht ausschließlich, aber doch hauptsächlich — in technischen Verbesserungen, arbeitssparenden Methoden, die es ermöglichen, die gleiche und selbst vergrößerte Leistung mit weniger Arbeit und folglich mit weniger Arbeitskräften zu vollbringen. Aus Gründen, die wir ebenfalls nicht noch einmal auseinanderzulegen brauchen, werden solche arbeitssparenden Methoden leichter vom größeren als vom kleineren Kapital verwirklicht, ja sie setzen überhaupt eine gewisse Mindestgröße des Kapitals voraus. Deshalb geht die technische Rationalisierung Hand in Hand mit einer Zusammenballung des Kapitals. Dies alles sind bekannte Dinge, und wenn auf die grauenhaften Folgen hingewiesen wird, die das über die Arbeiterklasse heraufbeschwört, auf die 8-Millionen Menschen, die jetzt schon dauernd unter der Arbeitslosigkeit leiden (Arbeitslose, Kurzarbeiter und deren Familienangehörige), dann jucken die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Achseln, bebauern die Opfer, erklären sich wohl auch bereit, sie ein wenig zu unterstützen — lieber durch ein nebelhaftes „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ als durch bares Geld; jede Erwerbslosenunterstützung ist ihnen zu hoch, obwohl auf der Hand liegt, daß kein „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ helfen kann, weil ja eben durch den „natürlichen Fortschritt“ immer mehr Menschen brotlos werden — aber grundsätzlich läßt sich an der Sache nichts ändern: kann man sich denn gegen den „natürlichen Fortschritt“ stemmen?

Ganz anders jedoch, wenn dieser selbe „natürliche Fortschritt“ sich gegen die Kapitalisten wendet! Da hat in Berlin kürzlich eine pußige Kundgebung stattgefunden. Die „Spitzenverbände der Wirtschaft“ — das ist die Bezeichnung, die sie sich in grenzenloser Bescheidenheit selbst belegen; es sind die großen Ausbeuterverbände — haben zu einem Protest gegen die „private Betätigung der öffentlichen Hand“ aufgerufen. Die Herrschaften finden es für ihren Protest un bequem, daß die öffentlichen Körperschaften (Reich, Länder und Gemeinden, auch Krankenkassen) zum Teil ihren Bedarf unmittelbar decken, ohne die Vermittlung von Privatkapitalisten in Anspruch zu nehmen, zum Teil darüber hinaus auch noch verkaufen. Da wurde zum Beispiel über die U s s a l t u n g d e s H a n d e l s g e t r a g t. „Es ist ein Bevollmächtigter eingesetzt worden, dessen Aufgabe es ist, unter Umgehung des Kohlenhandels (nau denkt!) die Dienstgebäude der Reichs- und Staatsbehörden mit Brennstoffen zu versorgen.“ Ist das nicht ein unerhörtes Verbrechen? Oder: „Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden richten immer mehr eigene Druckereien ein.“ Oder: Die städtischen Wohlfahrtsämter besorgen sich, was sie an Textilwaren brauchen, ohne Vermittlung des Zwischenhandels; die Krankenkassen liefern ihren Versicherten Arzneien, Drogen, Brillen, Gläser, die Gas- und Elektrizitätswerke übernehmen die Installation, verkaufen Lampen und Öfen usw. All das raubt soundsoviel Privatunternehmern die Möglichkeit, sich dazwischen zu schieben und Profit zu machen. Und das ist natürlich das schlimmste Verbrechen, das jemand in unserer heutigen wunderbaren Weltordnung begehen kann.

Kaum sollte man für möglich halten. Wer die Dinge auch nur einigermaßen unbefangen betrachtet, der muß sich doch sagen, daß das erstens eine ganz natürliche und unaufhaltbare Entwicklung ist, die sich selbst dann nicht ändern läßt, wenn man sie für verkehrt hielt, und daß zweitens die beteiligten Behörden damit nur ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit tun. Hören wir nicht täglich den Ruf zur Sparsamkeit? Und ist es nicht das einfachste Gebot der Sparsamkeit, daß die Behörden zum Beispiel ihren Bedarf an Kohlen einheitlich decken? Er würde ihnen sonst ja viel teurer zu stehen kommen. Sie müßten das — und werden es sicherlich mit der Zeit — für Papier, Tinte, Schreibmaschinen, kurz für alles, was sie überhaupt brauchen, ebenfalls tun. Und schließlich ist von da zur gewerkschaftlichen Versorgung der Beamten mit Kleidung, Lebensmitteln usw. auch kein großer Schritt mehr. Wenn darüber soundsoviel erst kleinere, dann größere Kapitalisten Profit und Geschäft verlieren, was ist es anderes als die Erwerbslosigkeit von Millionen Arbeitern, die man ohne jedes Gewissensbedenken aufs Pflaster geworfen hat!

Aber hier konnte man wieder mal sehen, wie die Kapitalisten mit zweierlei Maß messen. Das war schon kein Schreien mehr, das war ein Aufheulen, was die „Spitzenverbände“ der Kapita-

listen veranstalteten, weil ihnen etwas ähnliches — noch lange nicht so schlimmes — droht, wie das, was die Arbeiter längst betroffen hat. Einer der Redner brachte es fertig, die — abend-ländliche Kultur für gefährdet zu erklären, weil die Gasanstalten Bratösen und Zigarrenanzünder verkaufen. Laut rief er auf, „den Edleim der abendländischen Kultur durch das Chaos unserer Tage hindurch an das Ufer einer kommenden Epoche zu retten.“ Sehr schön gesagt. Aber andere, nüchternere, die sich nicht durch solche Geschwätzigkeiten lächerlich machen, sind weit gefährlicher. Der Deutsche Buchdruckerverein (er besteht nicht etwa aus Buchdruckern, sondern aus Druckerei b e j e r n) verlangte allen Ernstes, die Vergrößerung der Gefängnisdruckereien zu verbieten und in ihnen nur gelernte Setzer und Drucker zu beschäftigen, aber ja keine neuen auszubilden. Zwar soll die Strafe angeblich den Gefangenen bessern und zu einem tugendhaften Lebenswandel anleiten und befähigen, was offenbar am besten geschieht, wenn man ihn etwas tüchtiges lernen läßt. Sofern das aber den Druckereikapitalisten un bequem wird — weg damit.

Den Vogel aber hat in jener Versammlung entschieden ein Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft abgeköpft. Das ist bekanntlich die größte private Großbank, die es in Deutschland gibt. Und dieser Herr klagte darüber, daß durch die Geschäftsausdehnung der Sparkassen, der öffentlichen Girozentralen, der Staats- und Stadtbanken die mittleren und kleinen Bankiers in ihrer selbständigen Existenz bedroht seien. Er vergaß, mitzuteilen, wieviel kleine und mittlere Bankiers die Diskontogesellschaft bereits mit Haut und Haar verschlungen hat.

Für die Arbeiter ist es gut zu sehen, mit welcher Rücksichtslosigkeit die Kapitalisten ihren Vorteil verfolgen. Die ungeheure Arbeitslosigkeit — ja, die muß ertragen werden, denn „der Fortschritt“ bringt sie mit sich. Mit größter Kaltblütigkeit aber verlangen sie, den Fortschritt abzudrosseln, sobald er über sie selbst auch einige Unbequemlichkeiten verhängt. S b h k n s.

Wetterfestigkeit der Konsumgenossenschaft

Es ist eine erfreuliche Erscheinung, daß sich die Konsumgenossenschaftliche Bewegung im Zeitraum der letzten anderthalb Jahre in aufsteigender Linie befindet, während zur gleichen Zeit in der Privatwirtschaft „Opfer fallen unerhört“. Die durch die Inflation aufgeblähte Wirtschaft schrumpft zusammen, ungeheure Arbeitslosigkeit, verbunden mit einem gewaltigen Sinken der Kaufkraft, das sich in der Verödung der Handelsgeschäfte zeigt, kennzeichnen die Lage des privatkapitalistischen Wirtschaftslebens. Auf der anderen Seite — im genossenschaftlichen Wirtschaftsleben geht die Kurve des Warenumsatzes beinahe ohne Unterbrechung nach oben. Die Zahl der in den 1051 Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Beschäftigten hat sich mit 37318 im Jahre 1925 gegen 1924 um rund 500 nach unten verschoben. Wobei noch zu beachten ist, daß die Zahl der in der Warenherstellung beschäftigten Personen auch um über 600 gesunken ist. Und während nach dem kürzlich erschienenen Bericht der Kommission für Konjunkturforschung die Warenumsätze der Privatwirtschaft infolge der Arbeitslosigkeit und allgemeinen gesunkenen Kaufkraft um 10 vH durchschnittlich zurückgegangen sind, sind die Umsätze der Konsumgenossenschaften im Jahre 1925 auf rund 616,2 Millionen M gegen 300,7 Millionen im Jahre 1924 gestiegen. Sie haben also um 235,5 Millionen oder um 62 vH zugenommen.

Und auch das erste Halbjahr 1926 hat diesen Aufstieg fortgesetzt. Zwar ist hierfür noch keine Zusammenstellung der Umsätze sämtlicher Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes vorhanden, aber die Berichte der genossenschaftlichen Revisionsverbände, aus denen der Zentralverband besteht, zeigen für das erste und teilweise auch schon für das zweite Vierteljahr sehr erhebliche Mehrumsätze gegen das Jahr 1925, das sich schon im Aufstieg gegen 1924 befand.

Einen Anhaltspunkt für die Entwicklung des ersten Halbjahres 1926 gegenüber dem des Vorjahres bieten indes die Umsatzzahlen der Großinhalts-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg, die als Warenzentrale der Konsumgenossenschaften gilt. Ihr Umsatz betrug im ersten Halbjahr 1925 90,5 Millionen M, dagegen 1926 123,3 Millionen M, so daß ein Mehr von 32,8 Millionen M oder 36,1 vH festzustellen ist. Und beziehungsweise ist der Umsatz an eigenen Erzeugnissen aus den Genossenschaftsfabriken der GGG noch etwas stärker gewachsen, als der allgemeine Warenumsatz. Denn er stieg im gleichen Zeitraum von 14,8 auf 20,3 Millionen M oder um 36,9 vH.

Demgegenüber steht der Rückgang des Warenumsatzes in der Privatwirtschaft um 10 vH. Und wenn auch nach den Ergebnissen der Kommission für Konjunkturforschung zugegeben werden kann und muß, daß der Rückgang sich vornehmlich auf Haushaltungs- und Verbrauchsgüter erstreckt, deren Kauf zurückgestellt werden kann, während die täglichen Lebensmittel, Kolonialwaren usw. als unentbehrliche Notwendigkeiten selbst der Arbeitslosen am Rückgang kaum beteiligt sind, so gibt die Summe des Warenumsatzes der Konsumgenossenschaften im Jahre 1925 (gegenüber 1924 um 62 vH) und im ersten Halbjahr 1926 gegen 1925 noch um 36,1 vH) ein sehr bezeugtes Zeugnis dafür, daß das genossenschaftliche Wirtschaftsleben in die allgemeine Wirtschaftskrise nicht hineingerissen worden ist.

Dies ist umso beachtender, als der Umsatz von 34 Millionen Arbeiterlohn durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für die Konsumgenossenschaften im besonderen deshalb ins Gewicht fallen mußte, weil die Arbeiterfamilien 65 vH des Mitgliederstandes ausmachen.

Im ganzen zeigt also der Verlauf der letzten zweieinhalb Jahre, daß die Konsumgenossenschaften zwar durch die Inflation mit in den Abgrund des finanziellen wirtschaftlichen Verderbens gerissen werden konnten, daß sie aber bei festbleibender Geldwährung keineswegs an die Existenzbedingungen der Privatwirtschaft gebunden sind und deshalb deren Krisen nicht ihre Krisen sind.

Der Kern dieser Tatsache liegt unzweifelhaft zunächst im geschäftlichen Wesen der Konsumgenossenschaften, das vor allem anderen in der Bedarfsversorgung mit täglichen Lebensmitteln und notwendigen Haushaltungsgegenständen sich auswirkt. Wenn die allgemeine Not steigt und drückender wird, so geht man auch zum sonst kaum gewöhnlichen „Konsum“, weil im Unterbewußtsein doch die Erkenntnis schlummert, daß auch das kleinste Einkommen, ja gerade weil es das kleinste ist, in der Konsumgenossenschaft am lauffähigsten und am sparsamsten verwertet werden kann. Aber nicht die Not allein im Zusammenhang mit dem Geschäftskarakter zeitigt die Tatsache, daß die

Konsumgenossenschaften von der allgemeinen Wirtschaftskrise nicht ergriffen worden sind. Es ist ebenso, wenn nicht in erster Linie ihrem demokratischen Wirtschaftscharakter zu danken, daß sie gerade in Zeiten schwerster Not standhalten und Hunderttausenden Schutz und Hilfe bieten können.

Als nach der Inflation die Finanzkrisis ausbrach und von der Reichsbank eine Kreditpolitik durchgeführt wurde, die einer sehr schmerzhaften Abtrennung von allerlei ungefundeten Gewächsen und Ausmachungen am deutschen Wirtschaftskörper gleichkam, befanden sich auch die Konsumgenossenschaften zeitweise in außerordentlichen Schwierigkeiten, wenn auch nicht gerade in Lebensgefahr. Da stießen aber durch Millionen kleiner Kanäle die durch die Inflation zerstörten Geschäftsanteile der Mitglieder in tausend Mittelpunkten zusammen. Das geliehene und mit Wucherzinsen vergrößerte Bankkapital bildete in der Genossenschaftswirtschaft im allgemeinen eine sehr vorübergehende Erscheinung, denn schon zu Ende 1925 arbeiteten die Konsumgenossenschaften zum großen Teile wieder mit eigenem Kapital. Die flüssigen Mittel der Konsumgenossenschaften (einschließlich Geschäftsanteile, Reserven, Spareinlagen), die am Ende des Jahres 1924 nach dem Nichts der Inflation 100 Millionen M. betrugen, waren Ende 1925 schon wieder auf rund 142 Millionen angewachsen und sie dürften heute mindestens 300 Millionen M. betragen. Das bedeutet die Unabhängigkeit vom Bankkapital und ist die Voraussetzung des wirtschafts-demokratischen Charakters der genossenschaftlichen Organisation, der auch die reinste Finanz- und Wirtschaftskraft durch unzählige Stadien zusammenbringt und allen wie jedem Einzelnen nutzbar ist. Es liegt weiter im Wesen einer solchen Organisation, daß keines ihrer Glieder ohne Halt, ohne Unterweisung, ohne feste Grundlagen jedem Wirtschaftssturm preisgegeben ist. In jedem Abschnitt der seit 1924 dauernden Krise waren sorgsam durchdachte organisatorische, finanzielle und wirtschaftliche Richtlinien für eine einheitliche Wirtschaftsführung vorhanden. Den Erfolg bildet der genossenschaftliche Wirtschaftsfortschritt im Zeitraum einer Dauerkrise, die heute noch die Privatwirtschaft wie im Fieber schüttelt. Und wenn schon im Jahre 1925 die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern wieder einen Rotfonds in Form von 22,3 Millionen Rabatt anbieten konnten, so bildet dies äußere Zeichen der Wertesfestigkeit der Genossenschaften nur einen weiteren Beweis dafür, daß ihre Wirtschaft sich auf dem richtigen Wege befindet, weil sie Volkswirtschaft ist.

Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter müßte dies vor allem andern bedenken und danach handeln.

Die Bedürftigkeitsklausel der Erwerbslosenfürsorge

Aber die Mängel der Erwerbslosenfürsorge ist genug geredet und geschrieben worden. Erst in den letzten Wochen wurde durch die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Reichstag versucht, die großen Mängel dieser sogenannten Fürsorge zu beseitigen, sie auszubauen und zu verbessern.

Ein „Schönheitsfehler“, den ein nicht kleiner Teil der Erwerbslosen über zu fühlen bekommt, ist die Bedürftigkeitsklausel. Wenn nämlich in einer Familie ein Mitglied erwerbslos wird und die übrigen Familienmitglieder über einen bestimmten Mindestlohn hinaus verdienen, ein Mindestlohn, der nur notwendig zum Leben reicht, dann ist der betreffende Erwerbslose nicht bedürftig und erhält keine Unterstützung. Gegenüber werden wir den Beiträgen für die Erwerbslosenfürsorge alle Erwerbsfähigen der Familie rückwärts herangezogen. Es ist also bei dieser famosen Fürsorge so, daß man wohl Beiträge zahlen muß, aber von Geizhals wegen von der Unterstützung ausgeschlossen ist.

Das ist aber nicht das Schlimmste. Bei Vergabe von Notstandsarbeiten werden die Unternehmer verpflichtet, mindestens zwei Drittel der zu den Arbeiten notwendigen Arbeitskräfte vom zuständigen Arbeitsamt zu beziehen. Für diese vom Arbeitsamt zugewiesenen Notstandsarbeiter erhält dann der Unternehmer, der zur Bezahlung tariflicher Löhne gezwungen ist, aus der Erwerbslosenfürsorge einen entsprechenden Zuschuß. Vermittelt werden vom Arbeitsamt aber nur solche Erwerbslose zu Notstandsarbeiten, die mindestens zwei Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen haben. Da aber die „nichtbedürftigen“ Erwerbslosen keine Unterstützung erhalten, sind diese „Glücklichen“ dadurch von der Vermittlung zu tariflicher bezahlter Notstandsarbeit ausgeschlossen. Nun wird solchen Erwerbslosen von den Beamten der Arbeitsämter häufig der Rat gegeben, sich bei Unternehmern, die Notstandsarbeiter übernehmen wollen, zu melden, damit dieser sie ohne Zuschuß bei diesen Arbeiten beschäftigt. Ein Unternehmer, der zur Bezahlung tariflicher Löhne verpflichtet ist, wird aber das letzte Drittel Arbeiter, die er ohne Zuschuß aus der Erwerbslosenfürsorge beschaffen muß, soweit als möglich mit geschulten Leuten besetzen. Besonders zu Notstandsarbeiten, bei denen größere Erdbebewegungen vorgenommen werden müssen, sind die Ansätze auf Beschäftigung der „selbstlosen“ „nichtbedürftigen“ Kaufleute, Schneider, Lihmader und ähnlicher Berufs sehr schlecht. Jeder Unternehmer wird solche Leute solange abweisen, als er geschulte Erdarbeiter haben kann.

Dann wird von nichtbedürftigen Erwerbslosen vielfach behauptet, daß von der Arbeitsämtern Leute, die Unterstützung beziehen, eher Aussicht haben, Arbeit zu bekommen, als die von der Unterstützung ausgeschlossenen „Nichtbedürftigen“.

Zufammenfassend ist also zu dieser famosen Bedürftigkeitsklausel zu sagen: Es sind wohl alle Erwerbsfähigen zu Beiträgen für die Erwerbslosenfürsorge verpflichtet, im Falle der Erwerbslosigkeit aber erhalten die sogenannten Nichtbedürftigen nicht nur keine Unterstützung, sondern sie werden planmäßig von dem Teil der Notstandsarbeiten ausgeschlossen, für den die Erwerbslosenfürsorge Zuschüsse bezahlt. Und auch bei der allgemeinen Arbeitsvermittlung glauben die Nichtbedürftigen gegenüber den Unterstützungsempfängern zurückgesetzt. Das wird wohl nicht gut in aller Form zu betonen sein, ist aber gefühlsmäßig wohl verständlich bei Leuten, die lange Monate die Arbeitsämter ergebnislos belagern.

Eine große Zahl Nichtbedürftiger stellt die nach beendeter Lehrzeit entlassenen und jugendlichen Arbeiter. Für solche jungen Leute ist aber eine längere Arbeitslosigkeit oft bestimmend fürs ganze Leben. Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates und der Behörden ist es, gerade den arbeitslosen Jungvolk so rasch wie möglich wieder zu geregelter Arbeit zu verhelfen.

Neue Erwerbslosenunterstützung

Die durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers mit dem 8. November in Kraft getretenen Erhöhungen der Unterstützungsätze für die Erwerbslosen behalten das bisherige System bei. Bei den Ledigen wird weiter unterschieden zwischen Ledigen, die in ihrer Familie leben, und solchen, die „allein leben“. Die Unterstützung der Alleinstehenden wurde gegenüber den bisherigen Sätzen um 15 v. H. erhöht. Für nicht alleinlebende Ledige und Familienhäupter, die Zuschläge für unterhaltsberechtigte Familienmitglieder beziehen, beträgt die Erhöhung 10 v. H. Die wöchentlichen Höchstsätze betragen nunmehr in den ersten acht Unterstützungswochen (Wochenunterstützungssätze in Mark):

Wirtschaftsgebiet I (Osten)					
Bediener	unter 21 Jahren		über 21 Jahre		zulässiger Höchstsatz
	unter 21 Jahren	über 21 Jahre	ohne Kinder	mit Kindern	
A	6,50	9,15	12,00	16,00	19,95
B	5,20	8,55	11,25	14,95	18,70
C	4,80	7,95	10,45	13,95	17,40
D/E	4,50	7,35	9,70	12,90	16,15

Wirtschaftsgebiet II (Mitte)					
Bediener	unter 21 Jahren		über 21 Jahre		zulässiger Höchstsatz
	unter 21 Jahren	über 21 Jahre	ohne Kinder	mit Kindern	
A	6,50	10,70	14,00	18,70	23,70
B	6,10	10,05	13,15	17,90	22,05
C	5,70	9,40	12,30	16,50	20,70
D/E	5,30	8,70	11,50	15,45	19,40

Wirtschaftsgebiet III (Westen)					
Bediener	unter 21 Jahren		über 21 Jahre		zulässiger Höchstsatz
	unter 21 Jahren	über 21 Jahre	ohne Kinder	mit Kindern	
A	7,00	11,50	15,10	20,10	25,15
B	6,50	10,75	14,10	18,90	23,70
C	6,00	10,05	13,15	17,70	22,30
D/E	5,55	9,30	12,20	16,50	20,90

Von der neunten Unterstützungswoche ab:

Wirtschaftsgebiet I (Osten)					
Bediener	unter 21 Jahren		über 21 Jahre		zulässiger Höchstsatz
	unter 21 Jahren	über 21 Jahre	ohne Kinder	mit Kindern	
A	6,00	10,00	12,90	16,90	20,90
B	5,85	9,40	12,10	15,90	19,50
C	5,25	8,70	11,25	14,70	18,20
D/E	4,50	7,40	9,70	12,90	16,15

Wirtschaftsgebiet II (Mitte)					
Bediener	unter 21 Jahren		über 21 Jahre		zulässiger Höchstsatz
	unter 21 Jahren	über 21 Jahre	ohne Kinder	mit Kindern	
A	7,15	11,90	15,10	19,75	24,45
B	6,70	11,00	14,10	18,55	23,00
C	6,20	10,15	13,10	17,20	21,50
D/E	5,30	8,70	11,50	15,45	19,40

Wirtschaftsgebiet III (Westen)					
Bediener	unter 21 Jahren		über 21 Jahre		zulässiger Höchstsatz
	unter 21 Jahren	über 21 Jahre	ohne Kinder	mit Kindern	
A	7,70	12,00	16,20	21,25	26,80
B	7,15	11,80	15,15	19,95	24,75
C	6,60	10,95	14,05	18,60	23,20
D/E	5,55	9,30	12,20	16,50	20,85

Bediener, die nicht dem Haushalt eines anderen angehören (Alleinstehende), erhalten von der ersten Unterstützungswoche an, ohne daß weitere Erhöhung eintritt:

Wirtschaftsgebiet I (Osten)					
unter 21 Jahren	über 21 Jahre		unter 21 Jahren	über 21 Jahre	
	unter 21 Jahren	über 21 Jahre		unter 21 Jahren	über 21 Jahre
A	6,90	10,95	C	5,95	9,15
B	6,45	9,50	D/E	4,70	7,90

Wirtschaftsgebiet II (Mitte)					
unter 21 Jahren	über 21 Jahre		unter 21 Jahren	über 21 Jahre	
	unter 21 Jahren	über 21 Jahre		unter 21 Jahren	über 21 Jahre
A	8,20	12,30	C	7,05	10,65
B	7,65	11,50	D/E	5,65	9,15

Wirtschaftsgebiet III (Westen)					
unter 21 Jahren	über 21 Jahre		unter 21 Jahren	über 21 Jahre	
	unter 21 Jahren	über 21 Jahre		unter 21 Jahren	über 21 Jahre
A	8,70	13,20	C	7,65	11,40
B	8,20	12,30	D/E	6,65	9,75

Die Zuteilung zu den Ortsklassen und Wirtschaftsbezirken bleibt unverändert. Der zulässige Höchstsatz der Unterstützung (Hauptunterstützung und Zuschläge) ist so erweitert, daß er erst bei Familien mit vier Kindern erreicht wird. Es ist jedoch bestimmt worden, daß in solchen Fällen, wo die Gesamtunterstützung „den durchschnittlichen Arbeitseinkommen vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde“, die Familienzuschläge nicht höher sein dürfen als die Hauptunterstützung der Erwerbslosen selbst. Die selbständigen Unterstützten, die mehrere in einem gemeinsamen Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen (wie bisher schon) insgesamt das Zweieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht.

„Demokrat muß der Unternehmer sein“

Die weltbekannte Firma Robert Voigt A.-G. in Stuttgart feierte kürzlich ihr vierzigjähriges Gründungsjahr. Dieses Anlaßes wurde im Werkblatt der Firma, im Voigtbüchlein, gedacht. Auch der Gründer der Firma, Robert Voigt, schrieb einen Aufsatz über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Nach einem Vergleich zwischen einst und jetzt sagt Herr Voigt:

Durch den unsinnigen, überpausten Nationalismus war es unmöglich geworden, die Arbeitskraft abzugeben, den deutschen Arbeiter zu beschäftigen. Dazu kam, daß die Vereinigten Staaten, dieses Gebilde, das über hundert Millionen Menschen umfaßt und ein an Wohlstoffen ganz besonders reiches Land darstellt, sich der Erzeugung von Rawmaterialien mit einer ich möchte schon sagen Unbrunnlichkeit hingibt, daß dagegen nur mit ganz außerordentlicher Anstrengung auskommen sein wird. Ich wiederhole, die Amerikaner erzeugen Güter mit einer Zerknirschung, gegen die hier, sehr schwer aufzukommen sein wird, und ich denke auf die Berichte der zahlreichen deutschen Industriellen, die nach dem Krieg die Vereinigten Staaten besucht haben und die einstimmig anerkennen, daß der amerikanische Arbeiter zum Unternehmer eine ganz andere Einstellung hat und daß es für ihn zuzunehmen eine Selbstverständlichkeit ist, daß der Staat sich, täglich und stündlich eine tüchtige Leistung zu verdienen, dafür allerdings auch eine möglichst hohe Entlohnung zu erhalten. Leider wird von diesen Berichterstattern viel weniger deutlich darauf hingewiesen, daß auch der amerikanische Unternehmer sich zum Arbeiter anders stellt, als dies der deutsche tut, und

wenn eine Änderung eintreten soll, und sie muß eintreten, so werden wir dauernd im Nachteil bleiben, so müssen sich vor allem auch viele Unternehmer innerlich wandeln. Der Unternehmer muß Demokrat werden. Er muß den Arbeit als einen gleichberechtigten Vertragspartner anerkennen, wie dies in den Vereinigten Staaten der Fall ist. Dann erst kann er vom Arbeiter verlangen, daß er sich mit amerikanischer Eingetragenen Arbeit macht.

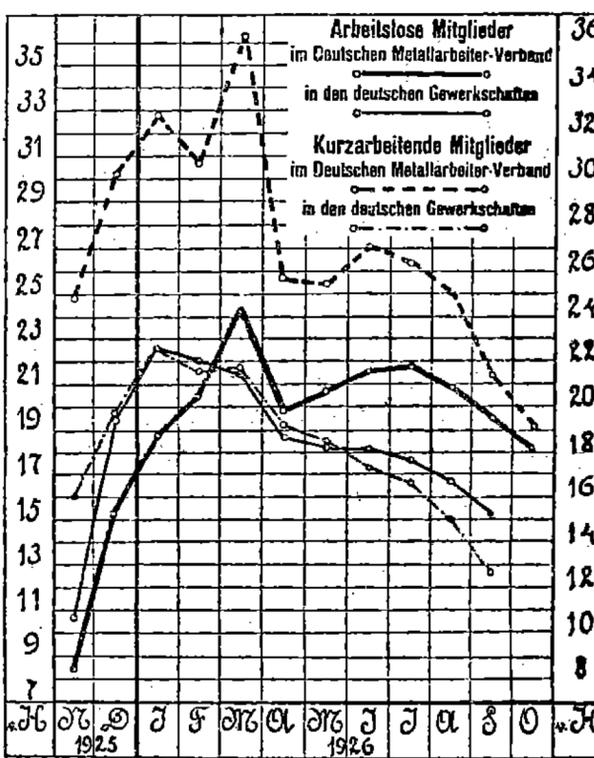
Demokrat muß der Unternehmer sein! Eine platte Selbstverständlichkeit zwar, in Deutschland aber etwas besonderes, und ein heller Wunder, wenn es von einem deutschen Großindustriellen kommt. Robert Voigt war immer ein Eingänger, ein Eingänger in Sachen der Fabrikation wie in der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter. So führte er als einer der ersten deutsche Großindustriellen den Achtstundentag ein und traf einige andere neue, geteilte Einrichtungen. Dieser „Eingänger“ verbunden mit der Tätigkeit seiner Belegschaft verdient Robert Voigt in hohem Maße seinen Ruf und den guten Ruf seiner Erzeugnisse.

Im weiteren kommt Robert Voigt auf das internationale Wirtschaftswesen zum Abbau der Schutzzölle zu sprechen. Er meint, daß leider noch viel Zeit vergehen werde, bis die Vernunft gesiegt haben wird. Ähnlich wird es ja auch sein, meint Herr Voigt wehmütig, mit der Gemeinschaftsarbeit zwischen Unternehmer und Arbeiter, die Dr. Silberberg diesen Sommer in Dresden als Notwendigkeit verkündete. Das glauben wir auch. Solange das deutsche Unternehmen in seiner überwältigenden Mehrheit den gelben Zubastern, der dem Zwecke nach gleichwertigen Werksgemeinschaft huldigt, und das in der Absicht, die Arbeiter einzuführen und noch glatter zu machen, solange ist an eine Gemeinschaftsarbeit nicht zu denken.

Die Arbeitslage in der Metallindustrie

Früher brachten die Frühjahrsmonate regelmäßig eine Belebung des Arbeitsmarktes. Dieses Jahr blieb die Belebung des Beschäftigungszustandes aus. In der Metallindustrie brachten die ersten drei Monate eine beträchtliche Vermehrung der Arbeitslosen als auch der Kurzarbeiter. Die im April einsetzende Besserung hielt nicht an. Im Mai nahm die Erwerbslosigkeit aufs neue zu, im Juni und Juli besiegte die Zahl der Kurzarbeiter erst im Juli einen kleinen Rückgang. Der nun anfangs einsetzende Rückgang der Arbeitslosen und Kurzarbeiter hielt auch im Oktober an.

Das Auf und Nieder der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Deutschen Metallarbeiter-Verband und in den deutschen Gewerkschaften zeigt das Schaubild.



In der folgenden Aufstellung kommt die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im DMV noch deutlicher zum Ausdruck.

1925	Mitglieder v. D.			1926	Mitglieder v. D.		
	Arbeitslose	Kurz-arbeiter	Gesamtheit		Arbeitslose	Kurz-arbeiter	Gesamtheit
März	5,2	5,8	11,0	Januar	18,8	32,8	51,6
April	5,1	5,4	10,5	Februar	20,4	31,6	52,0
Mai	3,6	6,1	9,7	März	24,1	36,2	60,3
Juni	3,2	6,4	9,6	April	19,7	25,7	45,4
Juli	3,7	8,0	11,7	Mai	20,6	28,4	49,0
August	4,6	10,7	15,3	Juni	21,5	27,0	48,5
September	5,1	13,8	18,9	Juli	21,7	26,2	47,9
Oktober	7,3	24,5	31,8	August	20,9	24,0	44,9
November	8,4	24,9	33,3	September	19,5	21,4	40,9
Dezember	15,2	30,1	45,3	Oktober	18,1	19,1	37,2

Den hohen Grad der Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 1926 ergibt ein Vergleich mit dem Durchschnitt der letzten elf Jahre. Es waren arbeitslos:

1915	1,6 v. H.	1919	3,2 v. H.	1923	8,4 v. H.
1916	0,8	1920	2,9	1924	17,4
1917	0,2	1921	2,7	1925	6,3
1918	0,4	1922	0,5	1/2 Jahr 1926	20,8

aber sogar brüchige Stücke ergeben. Zu diesen Vorichtsmaßnahmen gehört namentlich das vorherige Erwärmen, sei es des ganzen Stückes, sei es nur der Schweißstelle selbst. Dann ist es von Wert, die geschweißten Stücke einer sehr langwierigen Abkühlung von bis zu 24 Stunden und mehr zu unterziehen. Diese Abkühlung vermindert man durch Zudecken mit Arbeit und durch Einpacken in Sand. Neben dem Vorteil der Vermeidung gefährlicher Zugschweißungen ergibt sich eine stichtliche Verbesserung der Metalleigenschaften. Legt man auf eine weitere Steigerung der physikalischen Eigenschaften Wert, so wird man das Stück nach dem Abkühlen wiederum erhitzen. Die Zerbrechlichkeit eines derartigen Stückes von 15 kg/cm² bei 4 v. H. Kupfer liegt nach dem Erwärmen auf 450 Grad von drei Tagen Dauer auf 24 kg/cm²; im gleichen Verhältnis stieg auch die Dehnung. Diese Angaben dürften wohl die Bedeutung des Erwärmens der Stücke nach dem Schweißen beweisen. (Nach der Zeitschrift L'Usine.) Dr. Ka.

Schriftenschau

Über die Gesundheitsgefährdung bei der Verarbeitung von metallischem Blei mit besonderer Berücksichtigung der Bleisterei. Von Dr. med. Hans Engel, Mitglied des Reichsgesundheitsamts in Berlin. Verlag von Julius Springer, Berlin W 9, Wilmstr. 23.

Berechnung der Beschleuder zum Gewinnschneiden. Bearbeitet von J. Koppier, Gewerbeschuldirektor. Preis 75 S. Verlag Holland & Zoltenhans, Stuttgart.

Soziale Bauwirtschaft. Nachschrift für die Bauhüttenbewegung, herausgegeben vom Verband sozialer Baubetriebe. Monatlich 2 Hefte. Bezugsgebühr für Gewerkschafter monatlich 50 S. Verband sozialer Baubetriebe, Berlin E 14, Inselstr. 6.

Die Schweißung von Aluminium

Wenn auch die Anfertigung von Aluminiumschweißungen eine Reihe von Erfahrungen voraussetzt, so kann man diese Arbeiten doch auch nicht als schwierig bezeichnen, so man kann sogar sagen, daß das Aluminium eines der am leichtesten schweißbaren Metalle ist. Der wichtigste Punkt, der dabei zu beachten ist, besteht in der Schweißung, daß der das Aluminium ergießende Strom, in der Größe und in der Richtung der so gebildeten Schweißung dieses Aluminiums bildet. Bekanntlich eine rein oberflächliche Schicht, die das übrige Metall vor weiterer Oxidation schützt. Bei der Schweißung ist es daher notwendig, die Schweißung zu gestalten, um die gewöhnliche Schweißung zu erhalten. Eine weitere zu berücksichtigende Punkt stellt die langsame Abkühlung des Schweißens dar: der Schweißerg muß drei verschiedene Geschwindigkeiten verwenden, nämlich die Schweißgeschwindigkeit in der letzten und den Aufschmelzgeschwindigkeit in der letzten Phase. Nach Abschmelzung von einem Zusatzstoff legt er den Aufschmelzgeschwindigkeit weg, nimmt den Schweißergapparat in die Hand und einen Eisenstab, den er zu bewegen hat, in die rechte Hand, um dann wiederum den selben anzuführen. Der Erfolg hängt daher sehr von der Geschwindigkeit des Schweißens ab.

Das beste Mittel für die Entfernung der Oxide besteht in der Anwendung von Fluorwasserstoff. Eine für diese Zwecke geeignete Fluorwasserstofflösung eines Fluorwasserstoffs besteht aus 5 Teilen Salzsäure, 30 Teilen Salzsäure, 15 Teilen Oxidwasserstoff, 7 Teilen Kaliumfluorid und 3 Teilen Kaliumbromid. Sind die Aluminiumstücke besonders dünn, so muß man ein sehr flüssiges Fluorwasserstoff verwenden, und es ist notwendig, so kommt ein Fluorwasserstoff mit einem höheren Schmelzpunkt in Frage. Alle Fluorwasserstoffe sind korrosiv, so daß sie vor Luft und Feuchtigkeit geschützt aufbewahrt werden. Die Fluorwasserstoffe des Aluminiums rufen keine Gefahr aus, es ist

die Stücke nach der Schweißung sorgfältig zu waschen. Die kleinen Stücke, die durch eine schnelle Abkühlung keinen Schaden erleiden können, kann man unmittelbar nach dem Schweißen in Wasser eintauchen, während die Abkühlung großer Stücke besondere Vorichtsmaßnahmen erfordert; in diesem Falle sollte man zum Waschen nur warmes Wasser benutzen.

Die Festigkeit einer Schweißung hängt von dem Füllungsmedium ab. Eine autogene Schweißung von Aluminiumblech kann eine Festigkeit von 8 bis 9,5 kg/cm² aufweisen, und es ist zu merken, daß die Schweißung widerstandsfähiger sein kann als das Metall selbst. Diese Festigkeit kann durch ein leichtes Kaliumbromid noch etwas gesteigert werden. Die Wahl des Füllungsmediums für die Schweißung von Aluminiumlegierungen richtet sich nach der Art des Metalls. In der Praxis lassen sich dabei zwei Gruppen unterscheiden: einmal die Legierungen, die selten Aluminium noch Kupfer, und dann solche, die außerdem noch Zinn enthalten.

In England verwendet man in der Regel eine Legierung mit 13 v. H. Zinn und 2 v. H. Kupfer, in Amerika besonders eine Legierung mit 7 bis 8 v. H. Kupfer. Diese beiden Legierungen lösen sich leicht nach demselben Verfahren wie das Aluminium selbst schweißen. Man verwendet die gleichen Füllmittel und als Füllungsmedium die gleiche Legierung, aus der das zu schweißende Stück besteht. Diese letzte Bedingung ist zwar nicht unerlässlich, doch sollte man sie berücksichtigen, da sie eine viel größere Gleichmäßigkeit ergibt. Bei der Schweißung von Aluminium mit bis zu 15 v. H. Zinn ist als Schweißmittel eine gleiche Legierung wie das Aluminium anzusetzen.

Was die Anordnung anbetrifft, so ist die lineare Ausdehnung des Aluminiums zweimal so groß als beim Eisen. Man hat daher Vorichtsmaßnahmen zu treffen, die der Ausdehnung durch die Schweißung beim Abkühlen Rechnung tragen, da sich sonst verformte

Die Abordnung der Eisernen Internationale über Nordamerika

Wie hier schon wiederholt mitgeteilt worden ist, war eine Abordnung unseres Internationalen Metallarbeiter-Bundes in Nordamerika, um dessen Metallarbeiterverbände für den Bund zu gewinnen. Die vier Mitglieder der Abordnung, Brownlie, Dismann, Vade und Jig, trafen sich am 11. September in New York und waren bis zum 6. Oktober beständig, an welchem Tage sie sich in Detroit für die Heimreise trennten. Sie waren somit fast vier Wochen in der Neuen Welt. In dieser Zeit haben sie Verhandlungen mit Vertretern der Bruderverbände geführt, dem Gewerkschaftskongress beim Beginn beigewohnt, einige Großbetriebe besichtigt, Gewerkschaftshäuser besucht und dabei tiefe Blicke in die industriellen, sozialen und gewerkschaftlichen Verhältnisse Nordamerikas getan. Die Ergebnisse des vielgestaltigen Studiums liegen in drei Berichten vor. Den kürzesten Bericht bringt der englische Kollege Brownlie im Novemberheft des A.E.U. Monthly Journal, der sich auf die knappe Mitteilung der Anschließungsverhandlungen beschränkt. Bedeutend weiter greift der französische Kollege Vade. Der erste Teil seines Berichtes füllt fünf Spalten in dem Blatte des französischen Metallarbeiterverbandes, der Union des Metaux. In den nächsten Nummern sollen Fortsetzungen kommen. Schließlich hat Kollege Jig, unser internationaler Sekretär, einen umfangreichen Bericht verfaßt. Nur dieser Bericht ist hier bemißt. Die Kürzungen, die uns der Platzmangel vorgezwungen hat, betreffen nur Dinge, die wir hier schon ausführlich behandelt haben. Am Schluß sagen wir den von uns aus dem Englischen übersetzten Wortlaut jener Entschliessung bei, die das Kartell der amerikanischen Metallarbeiterverbände in Sachen ihres Anschlusses an die Eisernen Internationale in Detroit gefaßt hat. Wir glauben durch die Wiedergabe des Wortlautes unsere Leser über den Stand des Anschlusses, das ist über den Urzweck der Abordnung nach Amerika, zuverlässig zu unterrichten.

Nach dieser erläuternden Vorausschickung beginnen wir mit der Wiedergabe des Berichtes des Kollegen Jig.

Das Verhältnis der amerikanischen Bruderorganisationen zu unserem Bunde

Erst im Jahre 1914 erfolgte eine Annäherung zwischen einigen amerikanischen Verbänden und dem Internationalen Metallarbeiterbund. Durch den Krieg wurde auch diese Verbindung wieder zerstört. Im Jahre 1920, als der Bund wieder in Tätigkeit trat, wurde versucht, mit den Metallarbeiterorganisationen der Vereinigten Staaten die Verbindung ebenfalls wieder aufzunehmen. Während einer kurzen Zeit war dies auch gelungen. Durch die schwere Krise in den Jahren 1920/21, von der auch unsere amerikanischen Bruderverbände betroffen wurden, und den großen Kämpfen, die darauf folgten, ging die Aufmerksamkeit für unsern Bund abermals in Verfall. Der uns angeschlossene Verband wünschte zudem, daß das Metallarbeiterkartell (Metal Trade Department) die Frage des Anschlusses für das ganze Kartell prüfen solle. Nachdem alle Versuche, auf schriftlichem Wege zu einem Anschluß zu gelangen, erfolglos waren, blieb nur noch zu wählen, entweder die amerikanischen Bruderorganisationen zu verlassen oder den Versuch zu machen, durch persönlichen Verkehr doch zum Ziele zu gelangen. Das Generalkomitee unseres Bundes entschloß sich für das letztere und bestimmte hierfür die Kollegen J. L. Brownlie (London), Robert Dismann (Stuttgart), Genai Vade (Paris) und den Bundessekretär. Dabei war sich sowohl das Generalkomitee wie die Delegierten durchaus bewußt, daß die gestellte Aufgabe nicht leicht zu lösen und ein Erfolg durchaus nicht sicher war. Im Grunde genommen waren unsere Delegierten für die amerikanischen Organisationen ungeladene Gäste. Aus dem schriftlichen Verkehr wie aus den Verhandlungsberichten der Organisationen der Vereinigten Staaten war nur zu gut ersichtlich, daß der größte Teil der führenden Kollegen der dortigen Metallarbeiterbewegung und der Gewerkschaftsbewegung von der Notwendigkeit und Nützlichkeit eines Anschlusses an den Internationalen Metallarbeiterbund keineswegs überzeugt waren. In den Sektionen oder Mitgliederversammlungen war die Frage unseres Wissens überhaupt nie diskutiert worden.

Die Weise in den Vereinigten Staaten selbst, die Betriebsbesichtigung und die Konferenzen mit den Bruderorganisationen konnten selbstredend nur im Einverständnis und mit Hilfe der dortigen Organisationsleitung organisiert und festgelegt werden. Dank vorzüglicher Vorbereitungen und freundschäftlichem Entgegenkommen, namentlich durch den Präsidenten des Kartells der vereinigten Metallarbeiter, O. Connell, konnte unser Programm vorteilhaft und ohne Störung durchgeführt werden. Um die Schwierigkeiten der Sprachverhältnisse (unser Delegationsmitgliedern kamen aus vier verschiedenen Ländern und sprachen drei verschiedene Sprachen) zu meistern, erhielten wir in der Person des Kollegen William Schoenberg, Bezirksleiter der Maschinenbauer in Chicago, einen vorzüglichen Begleiter, der nicht nur mit den allgemeinen Verhältnissen vertraut, sondern auch in der Arbeiterbewegung durchaus bewandert ist, und was für uns besonders von Vorteil war, er zeigte für unsere Vorfürsungen große Sympathien. Auch Herr Holder, der unsere Delegation als Sekretär begleitete, obwohl er nur englisch sprach, leistete uns große Dienste.

Sowohl der Verband der Maschinenbauer wie das Kartell der vereinigten Metallarbeiter besaßen sich in gründlichen Beratungen mit dem Anschluß an unseren Bund.

Das Exekutivkomitee des Verbandes der Maschinenbauer beschloß nach eingehender Besprechung mit den Genossen Brownlie und Jig auf seiner in Montreal abgehaltenen Sitzung den sofortigen Beitritt zum Internationalen Metallarbeiterbund. Die Delegiertenversammlung des Kartells der vereinigten Metallarbeiter (Metal Trade Department) erteilte an ihrer 18. Jahresversammlung, September 1926, in Detroit dem Exekutivkomitee die Komp. tentz, den Anschluß an unseren Bund, soweit Metallarbeiter in Frage kommen, zu beschließen.

Mit dem Erfolg unserer Delegation dürfen wir voll auf zufrieden sein und wollen auch gerne anerkennen, daß verschiedene glückliche Begleitumstände viel dazu beigetragen haben. Der Schwerpunkt des Erfolges liegt natürlich nicht etwa in der vermehrten Mitgliederzahl oder gar in der Beitragsleistung. Letztere wurde von unserem Bund überhaupt nie in Erwägung gezogen. Dem Anschluß der Bruderorganisationen der Vereinigten Staaten kommt vor allem eine große moralische Bedeutung zu. In den Vereinigten Staaten besteht eine gewaltige Maschinen-, Auto-, Metall-, Stahl- und Eisenindustrie. Die technische Entwicklung dürfte der europäischen bereits überlegen sein. Die genaue Zahl der in diesen Industriezweigen beschäftigten Personen konnten wir nicht erfahren. Es besteht hierüber, wie es scheint, auch keine genauen Angaben. Zudem ist die Zuteilung einiger Berufs-kategorien verschieden. Es darf aber mit Sicherheit angenommen werden, daß die Anzahl der Beschäftigten mindestens 5 Millionen beträgt und somit der Anzahl der in Europa Beschäftigten nahe kommt oder sie bereits übersteigt.

Der Konkurrenzkampf zwischen diesen beiden Erdteilen wird sich in den nächsten Jahren noch weit mehr bemerkbar machen, als dies bis jetzt der Fall war. Dadurch werden von den Unternehmern die Löhne und Arbeitsbedingungen noch mehr in den Vordergrund gestellt werden. Dazu kommt der Eingriff des amerikanischen Kapitals in die europäischen Industrien, wodurch die Vereinigten Staaten an den europäischen Arbeitsbedingungen viel stärker interessiert werden als bis jetzt. Aus alledem ergibt sich für die Arbeiterbewegung mit zwingender Notwendigkeit ein gegenseitiges Kennenlernen und gegenseitige Hilfeleistung. Unsere Kollegen der Vereinigten Staaten sind uns in bezug auf die Erörterung und Arbeitsbedingungen ein Stück voraus. Es wäre aber eine Verleumdung der Realität, wenn die Kollegen der Vereinigten Staaten glauben würden, ihre Erzeugnisse und Arbeitsbedingungen könnten für alle Zeiten unabhängig von den europäischen geregelt und gehalten werden. Der Anschluß an unseren Bund bedeutet den ersten Schritt zur internationalen Kampffront, die, ob man helfen und drücken will oder nicht, eben tatsächlich besteht. Es wird sich nun

zunächst darum handeln, sich gegenseitig aufzuklären und näherzubringen, um nachher mit vereinigten Kräften und mit Überzeugung die gewaltigen Probleme, die an die Arbeiterbewegung aller Länder und aller Erdteile heranrücken, zu lösen zu suchen. In diesem Sinne kommt dem Anschluß der amerikanischen Metallarbeiter an unsern Bund eine hohe Bedeutung zu.

Organisationsform und grundsätzliche Einstellung der Metallarbeiter der Vereinigten Staaten

Die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten wurden von Berufsarbeitern gegründet und sie sind auch heute noch die Träger der ganzen Bewegung. Die Metallarbeiter machen hierin, obwohl die technische Entwicklung und die Maschine den gelerntem Berufsarbeitern gerade in der Maschinen- und Metallindustrie läßtlich ergeben und ausschalten, keinen wesentlichen Unterschied. Mit diesem Hinweis wird der große Unterschied, der zwischen der Grundlage der Organisationsform der Vereinigten Staaten und Europa besteht, voll aufgedeckt. Die bestehenden 16 Berufsverbände, die dem Kartell der vereinigten Metallarbeiter angehören, nehmen grundsätzlich nur gelernte Berufsarbeiter in ihre Organisation auf. Unter dem Druck der Verhältnisse mögen da und dort Ausnahmen gemacht werden, die aber nicht wesentlich in Betracht fallen. Dazu kommt, daß in allen Verbänden ziemlich hohe Eintrittsgelder erhoben werden. Die Höhe der Eintrittsgelder wird meistens von den einzelnen Ortsgruppen festgelegt, wodurch große Unterschiede entstehen, die für die Propaganda sehr nicht immer vorteilhaft sein können. Derselben variieren zwischen 3 bis 100 und mehr Dollar.

In einigen Berufsverbänden werden auch die farbigen Arbeiter oder Neger nicht als Mitglieder aufgenommen. Damit soll offenbar dokumentiert werden, daß man die Neger nicht als Berufsarbeiter anerkennen will. Dadurch kommt aber das Vordringen der Neger in die Industrie nicht verhindert werden, und es gibt heute wohl nur noch wenige Betriebe, wo sich nicht farbige Arbeiter in verschiedenen Arbeitsstellen befinden.

Die Vertragsbedingungen sind naturgemäß in den verschiedenen Verbänden sehr unterschiedlich. Am meisten üblich ist der Monatsbeitrag, während der Wochenbeitrag nur von wenigen Verbänden eingeführt ist. Bei einigen Verbänden, die zwar nicht zur Metallindustrie gehören, werden auch noch Jahresbeiträge erhoben. Die Monatsbeiträge betragen 50 Cent bis 2 Dollar und mehr. Im Verhältnis zum Verdienst sind dieselben eher kleiner als in den meisten europäischen Verbänden. Allerdings ist dabei nicht außer acht zu lassen, daß außer Streikunterstützung keine anderen Unterstufungen in Betracht kommen.

Mit wenigen Ausnahmen sind alle Verbände und Lokalunionen dem amerikanischen Gewerkschaftsbund angeschlossen, der eine einflussreiche Stellung in grundsätzlicher und tatsächlicher Beziehung ausübt. Der amerikanische Gewerkschaftsbund zählt gegen 3 Millionen Mitglieder. An seinen jährlich stattfindenden Tagungen, die zwei Wochen dauern, werden alle Gewerkschaftsfragen zur Diskussion gestellt.

Eine besondere Stellung nimmt unter anderem das Kartell der vereinigten Metallarbeiter (Metal Trade Department) ein. Dieses Kartell ist direkt dem amerikanischen Gewerkschaftsbund angeschlossen und in seinem Gebäude in Washington installiert. Die Kosten des Kartells werden aber von den angeschlossenen Verbänden bestritten. Denselben gehören, soweit wir informiert sind, fast alle Berufsverbände der Metallarbeiter an. Das Kartell vertritt diese verschiedenen Berufsorganisationen beim Gewerkschaftsbund und besonders in den vordringenden gesetzgeberischen Behörden.

In grundsätzlicher Beziehung unterscheidet sich die Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten ebenfalls sehr wesentlich von der europäischen. Während in Europa die feingewerkschaftlichen Verbände sich fast ausnahmslos zur sozialistischen Weltanschauung bekennen und demgemäß als Klasse handeln, ohne dadurch die einzelnen Mitglieder für ein politisches Glaubensbekenntnis zu verpflichten, haben die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten, vorab der Gewerkschaftsbund, diesen Standpunkt immer abgelehnt. Gewiß ging das nicht ohne große innere Auseinandersetzungen, aber die Beschlässe wurden stets mit großer Mehrheit bestätigt, und heute noch das mit Sicherheit angenommen werden, daß die große Mehrheit der amerikanischen Gewerkschaftsmitglieder diesen Standpunkt teilt. Aus diesem Grunde enthalten die Statuten der Verbände und des Gewerkschaftsbundes der Vereinigten Staaten meistens keine klare prinzipielle Stellungnahme. Das Statut des Gewerkschaftsbundes spricht zum Beispiel nur von einem Kampf in allen Nationen der zivilisierten Welt zwischen den Unterdrückten und den Unterdrückten. Ein Kampf zwischen den Kapitalisten und Arbeitern, der an Stärke von Jahr zu Jahr zunimmt und schwere Folgen für die Arbeitenden haben wird, wenn sie nicht durch gegenseitigen Schutz und Unterstützung verbunden sind. Darum wird die Gründung eines Bundes, der alle Berufs- und Arbeiterorganisationen in Amerika umfaßt und auf der gewerkschaftlichen Grundlage organisiert ist, anempfohlen.

Geht auf ihre Einstellung haben es die amerikanischen Gewerkschafter bis heute immer abgelehnt, eigene Parteipolitik zu treiben. Sozialistische Vertreter gibt es bis auf einzelne Ausnahmen weder im amerikanischen Abgeordnetenhause noch im Senat oder in den einzelnen Staaten, die ebenfalls je zwei Parlamente (48 Staaten mit Abgeordnetenhause und Senat) besitzen. Das gleiche trifft zu bei den städtischen Parlamenten und Gemeindeverwaltungen. Dagegen gibt es viele Arbeitervertreter, das heißt solche, die der demokratischen oder republikanischen Partei angehören und die hauptsächlich mit Hilfe der Gewerkschaften und Arbeiterstimmen gewählt wurden. Gewöhnlich wird bei den Wahlen vom Gewerkschaftsbund oder einzelnen Gewerkschaftssektionen diejenige bürgerliche Partei resp. deren Kandidaten unterstützt, die die gewerkschaftlichen Forderungen akzeptieren oder wenigstens das Versprechen abgeben, für dieselben einzustehen.

Der Fordbetrieb

Die größten Fordbetriebe befinden sich in der Stadt Detroit, wo bei Ford etwa 110.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind. Die Betriebe in Detroit können von jedermann, zwar nur unter Leitung einer Betriebsbesichtigung, besichtigt werden. In diesen Werken hat Ford bekanntlich ein bis in alle Details eingerichtete Lauband System eingeführt, das wie vieles andere mit den üblichen Übertreibungen von den einen als ein geniales Wunder gelobt und von anderen als menschenmörderisch verdammt wird. Dabei ist es weder das eine noch das andere... Am interessantesten ist die Montage. Hier mögen die herbeigeleiteten und stannenden Damen und Herren, namentlich wenn sie von der Arbeit nichts verstehen, mit heller Freude erfüllt werden, wenn sie sehen, wie die fertigen Autos buchstäblich aus dem Boden gestampft werden. Am Laufband stehen dem Arbeiter alle Bestandteile bis zur kleinsten Schraube in Reichweite. Die einzelnen Bestandteile müssen natürlich so genau sein, daß irgendwelches Nacharbeiten nicht in Frage kommt, sonst könnte die Montage des betreffenden Stückes nicht ausgeführt werden. Es scheint auch, daß solche Störungen gar nicht oder höchst selten vorkommen. In wenigen Minuten ist ein solcher Fordwagen montiert. Am Ende der Laufbahn sieht bereits ein Monteur im Auto und besorgt die letzten Einstellungen, während draußen noch die Schußbleche angebracht werden. Soweit es uns möglich war, die Arbeit zu übersehen, gab es am Montagabend kein Laufen. Es kommen allerdings auch viele Arbeiter in Betracht, die auf beiden Seiten der Laufbahn die Montage verrichten. Die Montage gehört jedenfalls zu den schönsten Abteilungen im Fordbetrieb. Es werden in dieser Abteilung nur geübte Arbeiter beschäftigt.

Ein großer Teil anderer Abteilungen ist dagegen nicht nur in jeder Beziehung unregelmäßig, sondern gleich einer schwarzen Nacht mit fürchterlichem Lärm, einer Hölle, ähnlich wie viele Stahl- und Eisenwerke. Eng sind Maschinen, Stangen, Feueressen, rotierende Anlagen und Räderwerke zusammengeedrängt und verursachen einen Höllelärm. Die Betriebe sind mehrstöckig, breit und tief, so daß in vielen Abteilungen Tag und Nacht beim elektrischen Licht, bei Olgeflank und schlechter Luft gearbeitet werden muß. Wir haben beim feinstreichen Henri Ford Abteilungen gesehen, in welchen die Arbeit sicher zur

Qual werden muß. Wir glauben aber nicht, daß das Wandssystem eine solche unhygienische und für die Arbeiterkraft qualende Einrichtung bedingt.

Die Ausbeutung der Fordbetriebe erfolgte ohne jeden Zweifel ohne jede Rücksicht auf Hygiene und wohleingerichtete oder gar freundliche Betriebsstätten. Der rationalen Betriebsrichtung mußten solche „Sentimentalitäten“ weichen. Aber trotzdem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß vieles besser angelegt werden könnte. Es scheint aber, daß sich um solche „Kleinigkeiten“ niemand bekümmert. Gesehe gibt es keine, die Ford oder irgendeinem anderen Unternehmern Vorschriften machen, wie sie ihre Betriebe in hygienischer Beziehung einzurichten haben. Ford läßt sich zwar gerne als ein großer Arbeiterfreund preisen, aber mit den Arbeiterorganisationen will er nichts zu tun haben. Es gibt bei ihm auch keine Gewerkschaften, die umfassen wären, sich Einfluss zu verschaffen. Die fast durchweg ungelerten Arbeiter rekrutieren sich aus allen Ländern der Welt, so daß es schon aus diesem Grunde sehr schwer ist, die Leute zu organisieren.

Chicago ist die zweitgrößte Millionenstadt der Vereinigten Staaten. Wir hatten hier Gelegenheit, die Automatic Electric Company of Chicago (Fabrik für automatische Telephonanlagen), ferner Coas Printing Press Company (Fabrik für Rotations- und Buchdruckereimaschinen) sowie die großen Schlachthäuser zu besichtigen. Die Fabrik für automatische Telephonanlagen beschäftigt rund 4000 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte. Die Arbeiterinnen sind zahlreich. Auch dieser Betrieb besitzt die modernsten technischen Einrichtungen. Die Löhne stehen über dem Durchschnitt verschiedener anderer Betriebe. Der Durchschnittslohn sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen beträgt 70,5 Cent je Stunde. Der Betrieb ist vollständig organisiert; die Arbeitszeit beträgt 44 Stunden pro Woche.

Die Unternehmung für Rotations- und Buchdruckereimaschinen beschäftigt 1200 Arbeiter, und zwar fast alles nur gelernte Berufsarbeiter. Hier werden die größten Rotationsmaschinen hergestellt. Dieser Betrieb scheint in technischer Beziehung den europäischen in keiner Weise überlegen zu sein. Die Löhne betragen im Minimum für gelernte Maschinenbauer 96 Cent die Stunde und für Spezialarbeiter im Minimum 1,25 Dollar. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Der Betrieb ist ebenfalls vollständig organisiert.

Löhne und Arbeitsbedingungen

Daß die Reallohne in den Vereinigten Staaten bedeutend höher sind als in Europa, kann nicht bestritten werden. Der Unterschied ist sogar so groß, daß man sich wundern muß, wie es möglich ist, daß die Vereinigten Staaten der Konkurrenz Europas standhalten vermögen. Dies dürfte zurückzuführen sein auf ein untergeordnetes, aber in der Realität der amerikanischen und europäischen Unternehmer und Kapitalisten besteht. Nicht daß der amerikanische Unternehmer oder Kapitalist weniger kapitalistisch gesinnt wäre als der europäische, aber er ist weniger borniert als der verdochnerte, reaktionäre europäische „Pieper“, der die höheren Löhne und besseren Arbeitsbedingungen ja sehr oft aus Prinzip bekämpft. Durch die höheren Löhne hat es das amerikanische Unternehmertum verstanden, sich einen gewaltigen Inlandmarkt zu verschaffen, während das europäische Unternehmertum durch Bezahlung von Hungerlöhnen sich den Auslandsmarkt sichern will. Dabei verschwindet gerade infolge der schlechten Kaufkraft der Arbeiterklasse der Inlandmarkt. Die Löhne der Metallarbeiter schwanken zwischen 50 Cent und 1,50 Dollar und mehr die Stunde. Der Durchschnittslohn wird für Metallarbeiter 65 bis 70 Cent betragen. Die gelerntsten Arbeiter, zu denen viele Maschinenarbeiter und Angelernte gezählt werden, verdienen bedeutend über dem Durchschnitt. Die Löhne werden durchschnittlich über 100 Cent höher liegen als in denjenigen Ländern Europas mit fester Währung (die anderen können zum Vergleich überhaupt nicht in Frage kommen), während der amerikanische Arbeiter für seinen Lebensunterhalt kaum 50 Cent mehr ausbezahlt als der europäische.

Wichtig wird in Europa versucht, die höheren Löhne in den Vereinigten Staaten der großen Arbeitslosigkeit der amerikanischen Arbeiter oder dessen größeren Leistungen zuzuschreiben. Diese Behauptung ist Schwachsinn. In bezug auf Leistung dürfte eher das Gegenteil richtig sein. Das sind Lausachen, die nicht bestritten werden können.

Damit soll aber durchaus nicht behauptet werden, daß es die Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten ausgebeutet gar geht und daß für sie die soziale Frage gar gelöst sei. Ein großer Teil, das heißt Hunderttausende stehen mit ihren Löhnen unter dem zum Leben notwendigen Existenzminimum. Auch in den Vereinigten Staaten muß oft für jeden Cent gekämpft und gerungen werden. Auch die gewerkschaftlichen Kämpfe werden in bezug auf Dauer, Hartnäckigkeit und Brutalität nach amerikanischen Maßstäben betrachtet. Die Staatsmacht stellt sich reitend auf die Unternehmenseite; dazu kommt, daß die Unternehmern Mittel zur Anwendung bringen (bewaffnete Soldaten, Provokateure und Spione), die selbst uns Europäer unbegreiflich erscheinen. Streiks von langer Dauer verlaufen fast immer blutig. Der große Stahlarbeiterstreik im Jahre 1919 und der Streik in den Eisenbahnverwaltungen kostete den Gewerkschaften Tausende von Millionen Dollars. Dazu kamen viele Streikende in den städtischen Schlachtern mit Polizei und namentlich mit den Unternehmerrückbildungen den Tod. Der Streik in den Stahlwerken ging verloren, ebenso konnte die Organisation dieser gemischten Arbeiterklasse nicht gehalten werden, obwohl der amerikanische Gewerkschaftsbund riesige Opfer hierfür gebracht hat. Immerhin konnte es erreicht werden, daß in den Stahl- und Eisenwerken an Stelle der Zwangsarbeit der Dreischichtbetrieb eingeführt wurde. Auch die Löhne wurden dort wesentlich erhöht und sollen heute 6 bis 7 Dollar den Tag betragen.

Die Arbeitszeit ist infolge Mangels jeder Gesetzgebung sehr unterschiedlich. Allgemein wird angenommen, daß ungefähr 50 bis 60 Stunden der Arbeiter 48 Stunden oder weniger arbeiten, die Hälfte über 48 Stunden. Das die Metall- und Maschinenindustrie betrifft, so wird in vielen Betrieben nur 44 bis 48 Stunden gearbeitet. Ein Teil arbeitet allerdings noch 50 bis 52 Stunden. Der größte Erfolg wurde nach dem Streik in den Stahl- und Eisenwerken erzielt, indem dort die Zwangsarbeit auf die achtstündige Schicht reduziert wurde.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die verhältnismäßig nicht gerade sehr starken Gewerkschaften auf die Arbeitsbedingungen einen großen Einfluss ausüben. Es harzt ihrer zwar noch eine große und schwere Aufgabe, namentlich in bezug auf die ungelerten Arbeiter, die fast gar nicht organisiert sind und doch in der Produktion eine immer größere Rolle spielen.

Die Entschliessung

der Konferenz des Kartells der Metallarbeiterverbände

Mit der Erörterung der Einzelheiten und dem Vorliegen einer Entschliessung wurde der leitende Ausschuss des Kartells betraut. Er legte daraufhin der Konferenz die folgende, einstimmig angenommene Entschliessung vor:

„Ihr Ausschuss ist der Meinung, daß durch die Erörterung (des Anschlusses) die Sache uns in einer Weise dargelegt wurde, daß wir nicht umhin können, zu glauben, daß der Anschluß an den Internationalen Metallarbeiterbund nützlich sein wird, nicht nur diesem Bund, sondern auch unserm Kartell.“

Es sind (aber) noch viele Dinge in Betracht zu ziehen im Zusammenhang mit dem Anschluß, nämlich die Ausgabe des Kartells für die Beiträge und die notwendigen Kosten der Sendung von Vertretern zu den Konferenzen und Kongressen des Bundes. Es ist die Auffassung Ihres Ausschusses, daß, wenn zufriedenstellende Abmachungen hinsichtlich der Regelung dieser (Kosten-) Fragen getroffen werden können, es keinen sichhaltigen Grund geben kann, warum sich das Kartell dem Internationalen Bund nicht anschließen sollte. Dies immer unter der Bedingung, daß wir kein Recht aufzugeben brauchen oder irgendeinen Eingriff in unsere Rechte erlauben und nicht Teilnehmer an einer Politik werden, die der Grundpolitik der Arbeiterbewegung Amerikas entgegensteht. Wir möchten daher empfehlen, daß diese Sache dem leitenden Ausschuss des Kartells mit der Vollmacht zu handeln übertragen wird.“

Zentralisation der Krankenversicherung Betriebs- oder Ortskrankenkasse?

Von einem Vorstandsmitglied einer Betriebskrankenkasse wird uns geschrieben:

Demnächst soll im Reichstag die Reichsversicherungsordnung zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Dabei wird die Frage der Zentralisation eine sehr wichtige Rolle spielen. Es ist daher angebracht, sich mit der Frage der Betriebskrankenkassen näher zu beschäftigen, zumal deren Befürworter für sie die Trümmel kräftig rühren. Dies geschieht auch in christlichen Arbeiterblättern, wie ein Aufsatz in der *Bölnner Gewerlichkeitszeitung* (Nr. 4 und 5) beweist. Der Verfasser des Aufsatzes in diesem christlichen Blatt bringt eine Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben der Orts-, Betriebs- und Ortskrankenkassen und knüpft daran die Kühne Behauptung, daß die Betriebskrankenkassen leistungsfähiger als die Ortskrankenkassen seien. Sie gewähren ihren Versicherten vor allem höhere Versicherungs- und größere Leistungen in der Familienhilfe.

Bei aller eingehenden Betrachtung ist es nicht möglich, auch nur einen wesentlichen Vorteil der Betriebskrankenkassen herauszufinden. Wenn der Verfasser dieses Schriftstückes aus den Zahlen — das Krankengeld betrug bei den Ortskrankenkassen 88,30 M., bei den Betriebskrankenkassen aber 155,58 M. — von größeren Leistungen der Betriebskrankenkassen spricht, so möchte man das als bewußte Täuschung bezeichnen. Diese Zahlen beweisen vielmehr noch gar nichts, da doch allgemein die durchschnittlichen Verdienste der Versicherten der Betriebskrankenkassen wesentlich höher liegen als der Ortskrankenkassen, was ja aus den Beitragsentnahmen deutlich zu ersehen ist. Daß es dem Verfasser auch gar nicht darauf ankommt, die Vorteile und Nachteile der Betriebskrankenkassen zu untersuchen, erfährt man schon aus folgenden Sätzen: „Es ist keine Frage, daß die hervorragende Beteiligung der Sozialdemokratie an der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung, der fast die gesamte werktätige Bevölkerung in nicht gehobener Stellung unterliegt, den Einfluß und die Sache der Sozialdemokratie wesentlich gefördert hat. Diesen Einfluß zu vergrößern, das ist der Zweck der unausgeglichenen Wählbarkeit der Sozialdemokratie gegen die Betriebskrankenkassen.“

Entspricht nun die Behauptung, die vor allem von Unternehmerseite immer und immer wieder vorgebracht wird, die Betriebskrankenkassen seien für die Versicherten wesentlich günstiger und vorteilhafter als die Ortskrankenkassen, wirklich den Tatsachen? Es wäre mir leicht, den Nachweis zu erbringen, daß in einer Großstadt von den vorhandenen Betriebskrankenkassen es nur zwei sind, die in der Sache Leistungen wenig über der Ortskrankenkasse stehen. Da aber bei einer einzelnen Stadt der Nachweis als viel zu klein bezeichnet werden könnte, sollen die Schriftsätze von Herrn Prof. F. A. S. sowie Reg. Rat Dr. C. H. E. S. b. a. c. h. e. r. (siehe *Deutsche Krankenkasse* Nr. 1 und 26 1925) dazu dienen, zu untersuchen, ob die Betriebskrankenkassen wesentlich mehr leisten als die Ortskrankenkassen.

Im Jahre 1925 gab es in Bayern 709 Krankenkassen, davon allein 403 Betriebskrankenkassen, 645 Krankenkassen gewährten ihren Versicherten Krankengeld bis 26 Wochen. Wo sind denn nun hier die wesentlichen Mehrleistungen der Betriebskrankenkassen? Familienhilfe gewährten von diesen 169 Krankenkassen 604 Klassen in irgendeiner Form, wesentliche Mehrleistungen der Betriebskrankenkassen in der Familienhilfe gegenüber den Ortskrankenkassen lassen sich ebenfalls nicht erkennen. Krankengeld andere konnte man noch herausgreifen, aber immer ergibt sich das gleiche Bild. Die übergroße Mehrheit der Betriebskrankenkassen hält sich mit ihren Leistungen an die am Orte maßgebende Ortskrankenkasse. Da es demnach nicht möglich ist, Vorteile der Betriebskrankenkassen festzustellen, muß man sich mit den Nachteilen der Betriebskrankenkassen beschäftigen.

Wie viele Arbeiter mag es wohl geben, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft auch einmal an einen Unternehmer mit einer Betriebskrankenkasse zu verkaufen. Schnell geht das jedoch bei diesen Unternehmern nicht. Erst müssen diese Arbeiter sich einer strengen ärztlichen Kontrolle unterziehen, und ist das Untersuchungsergebnis nicht ganz unzufrieden, dann muß dieser Arbeiter wieder seine Schritte gehen. Andere Fabrikanten, denen die ärztliche Untersuchung zu lästig ist, helfen sich viel einfacher. Die Invalidenliste, in der ja die Krankheitswochen festgesetzt werden, oder auch das Mitgliedsbuch der letzten Krankenkasse muß vor der Einstellung vorgelegt werden, um heraus festzustellen, ob der Betreffende schon einmal krank gewesen ist. Außerdem wird er von dem Herrn, der die Einstellung bewirkt, ganz besonders ins Auge gefaßt. Etwas bleiche Gesichtsfarbe oder ein paar Fäden im Gesicht bewerkeltigen schon die Ablehnung der Einstellung. Ja, so einfach ist es nun einmal nicht, den Segen der Betriebskrankenkassen fernzulernen.

Ist ein Arbeiter aber nun einmal im Betrieb, so geht es ihm schließlich ganz leicht — solange er nicht krank wird. Hat er aber doch das Unglück, krank zu werden, dann erhält er sehr oft von dem Vorstand der Betriebskrankenkasse eine ganz andere Auffassung. Der Betriebsarzt spielt dabei eine nur allzu große Rolle. Hat aber dieser Arbeiter gar das Pech, öfters krank zu sein, so wird er bestimmt in diesem Betrieb kein Jubiläum feiern. Jeder Beamte einer Krankenkasse möchte eigentlich der Freund und Berater der Versicherten sein. Wie sieht es aber auf diesem Gebiet bei den Betriebskrankenkassen aus? Gewiß gibt es auch da Herren, die die Versicherten als hilfsuchende betrachten. Viele dieser Herren aber treten den Versicherten in einem Kaiserreichshof entgegen, daß jeder ungern die Kaiserstube verläßt.

Auf dem Verhandlung der Ortskrankenkassen in Karlsruhe im Jahre 1922 hat H. G. G. in einem Vortrag ausgeführt: Die Arbeiter sind bei den Betriebskrankenkassen nur Dekoration. Das ist nun zu richtig. Ja, Wirklichkeit sind Ausprägung und Vorstand bei den Betriebskrankenkassen durch die gefällige Begründung des Selbstverwaltungswortes nur Dekoration gewesen, was das fängt sofort bei der Gründung jeder Betriebskrankenkasse an.

Die Betriebskrankenkasse, die etwa wegen, die Sache ihrer Mitarbeiter zu vertreten, werden bei jeder Gelegenheit den Segen der Betriebskrankenkassen an ihren eigenen Leibe erfahren, indem sie einfach auf die Straße gehen. Eine Straßenszene aber den Wechsel der Betriebskrankenkasse bei den Betriebskrankenkassen würde das Selbstverwaltungswort der Betriebskrankenkassen am besten: „offizieren.“ Aus all diesen Gründen kann man es nicht als einen bei, sondern bestenfalls als einen Nebenbei einer Betriebskrankenkasse zu sein. Deshalb haben die Versicherten der Betriebskrankenkassen von der Gründung dieser Krankenkasse an nicht den geringsten Vorteil. Im Gegenteil! Viele Arbeiter, die bereits einmal in einem Betrieb mit einer eigenen Krankenkasse gearbeitet haben, werden es ja auch aufs Beste, wieder dahin zu arbeiten.

Die Krankheitsjahre mit ihren dauernden Wirkungsstörungen und Aufwandsaufwendungen der Unternehmungen zwingen geistlich zur Berücksichtigung der Krankenversicherung. Es muß doch als sinnlos bezeichnet werden, daß ein Arbeiter, der auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen ist, jährlich bei mehreren Unternehmern zu arbeiten, auch dann bei einem jeden neuen und letzten Arbeitgeber sein Recht auf Krankengeld bei der Gründung der Betriebskrankenkasse verliert. Die überwiegende Mehrheit der Betriebskrankenkassen verlangt deshalb bei der Gründung des zweiten Bandes der *RSO* von den Reichsrenten des Reichstages: Zwei mit der Befähigung in der Krankenversicherung und Schaffung einer Einheitskasse, die sich auf das Gebiet des Orts- oder Betriebskrankengeldes erstreckt.

Jetzt ist die Reichsversicherungsordnung aber eine gesunde Zentralisation in der Krankenversicherung ab, so müssen wir Betrüger der Betriebskrankenkassen mit allem Nachdruck von diesem Parlament verlangen: 1. Eine gesetzliche Schulp für die Betriebskrankenkassen der Betriebskrankenkassen gegenüber der *RSO* des Unternehmers, den sie nicht gewöhnlich betrachten auf die Straße zu gehen. 2. Ferner wird das Selbstverwaltungswort in der *RSO*, wie es den Ortskrankenkassen nach der *RSO* nicht bei der Wahl des Reichstages, bei der Befähigung und Entlassung des Reichstages. 3. Die gleichen Rechte der freiwilligen Mitglieder wie die der Pflichtversicherten. 4. Wirtschaftswachstum bei Auflösung von Betriebskrankenkassen. Das sind die Mindestforderungen, die die in den Betriebskrankenkassen Versicherten bei der Verhandlung zur *RSO* für den Herbst an die Reichsrenten des Reichstages stellen.

Für die Heimarbeiterinnen

Vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes geht uns folgender Aufruf zu:

In nahezu allen Ländern mit entwickelter Industrie ist die Heimarbeiter immer noch zu einem erheblichen Teil an der Warenherstellung beteiligt, wie auch heute noch die Heimarbeiter größte Elendsarbeit ist. Zahllose Männer und Frauen mühen sich in Heimarbeit in langer Arbeitszeit ab und verdienen dabei einen geringeren Lohn, als ihn Werkstatte- oder Fabrikarbeiter erhalten. Die Ursache hierfür ist die ungeheuer große Konkurrenz unter den in Heimarbeit beschäftigten unorganisierten Arbeitsträgern. Diese setzen sich in der Mehrzahl aus verheirateten Frauen auf, die Heimarbeit als willkommene Füllarbeit ausüben und sich deshalb mit geringem Verdienst begnügen können als jene Frauen und Männer, die ihren und den Lebensunterhalt ihrer Kinder ausschließlich durch Heimarbeit erwerben müssen.

Unter den unorganisierten Heimarbeiterinnen, die solche Schmutzkonkurrenz betreiben, sind viele Frauen und Töchter organisierter Arbeiter, die für sich selber durch ihre Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation die Pflicht anerkennen, am Kampf der Arbeiterklasse um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen.

Alle Gewerkschaften fordern von ihren Mitgliedern die Ausbreitung des Solidaritätsgedankens in den Kreisen ihrer Arbeits- und Klassen-genossen und betrachten diese Aufgabe als eine moralische Pflicht. Allein schon hieraus ergibt sich, daß die Propaganda zur Organisation der in der Heimarbeit tätigen Arbeitsträger nicht nur den Organisationen überlassen bleiben darf, die für Werke mit Heimarbeit in Frage kommen. Es ergibt sich ferner, daß die organisierten Arbeiter für die Ausbreitung des Organisationsgedankens auch in der eigenen Familie wirken müssen.

Das internationale Arbeiterinnenkomitee richtet aus diesen Gründen an die organisierte Arbeiterschaft der ganzen Welt die Aufforderung, sich in Zukunft mehr als bisher der in der Heimarbeit tätigen Arbeiterinnen anzunehmen und sie ihrer Berufsorganisation zuzuführen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Das Verlangen der Gewerkschaften nach angemessener Erhöhung der Unterstüßungssätze für die Erwerbslosen hat am 9. November eine vorläufige Regelung gefunden. Aber die langwierigen Verhandlungen des Reichstages hat die Tagespresse eingehend berichtet. Die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion wollten eine Erhöhung der Unterstüßungssätze um 30 vS und außerdem die Befreiung der Prüfung der Bedürftigkeit herbeiführen. Die Reichsregierung widersprach einer so weitgehenden Erhöhung und bot eine Erhöhung um 10 vS an. Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages beschloß die Mehrheit eine Verbesserung des Regierungsangebotes unter Ablehnung der weitgehenden sozialdemokratischen Anträge. Beschlossen wurde, daß sofort, und zwar geltend bis zum 31. März 1927, die Bezüge der Hauptunterstüßungsempfänger erhöht werden sollen für Erwerbslose über und unter 21 Jahren, die keine Familienzufolge beziehen und nicht dem Haushalt eines anderen angehören, um 15 vS; für alle übrigen Hauptunterstüßungsempfänger um 10 vS. In der Vollversammlung des Reichstages hielt die sozialdemokratische Fraktion ihren Antrag auf eine Erhöhung um 30 vS aufrecht mit dem Erfolge, daß dieser Antrag tatsächlich eine Mehrheit fand. Letzteres jedoch nur, weil die deutschnationale Fraktion aus taktischen Gründen dafür stimmte in der Erwartung, durch diesen Streich eine Regierungskrise herbeiführen zu können. Die Bemessung der Unterstüßungssätze ist nach der Verordnung Aufgabe des Reichsarbeits- und Finanzministers zusammen mit dem Reichsrat nach Anhörung des Verwaltungsausschusses bei der Reichsarbeitsverwaltung. Der Reichstag hat also nicht gefällige Beschlüsse, sondern kann nur den obigen zur Entscheidung besonnen Stellen seine Auffassung und seinen Wunsch unterbreiten. Die Regierung und der Reichsrat kamen dem so durch Mehrheitsbeschluss ausgeprochenen Wunsch des Reichstages nicht nach, sondern verfügten eine Erhöhung der Unterstüßungssätze nach den übermittelten Beschlüssen des sozialpolitischen Ausschusses. Diese Erhöhung tritt mit dem 8. November in Kraft. Die übrigen zur Entscheidung stehenden Fragen, insbesondere Milderung der Vorschriften über die Feststellung der „Bedürftigkeit“, Ausdehnung der Unterstüßung über 52 Wochen hinaus müssen durch Gesetz geregelt werden. Die Regierung erkläre, daß sie ohne Verzögerung die entsprechenden Gesetze vorlegen werde.

Schlichter und Industrie

Als vor Monaten die Bergarbeiter im Ruhrgebiet eine Aufbesserung ihrer Löhne forderten, bedurfte es einer Verhandlung von vier vollen Tagen, ehe die beschriebene Erhöhung von nur 30 S je Schicht in der Spitze erreicht werden konnte. Die Unternehmer klagten, wie immer, Spin und Weir, daß ihnen hierdurch der erste Anlauf zu einer Besserung wieder zerfallen würde.

Wenige Wochen nachher wiederholte sich das Spiel in ähnlicher Form in der Norddeutsche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie. Der Herr Herrmann betonen mit größtem Nachdruck: „Der Inlandmarkt sei zu schwach, es sei nirgends G. L. vorhanden — eine Erhöhung der Löhne bedinge ein Anziehen der Preise.“ Infolgedessen mußten wir erleben, daß in der Metallindustrie jede Lohnherabsetzung oder Verkürzung der Arbeitszeit auch vom Schlichter abgelehnt wurde.

Und was haben wir heute? Die Schlichterlage im Bergbau ist geradezu glänzend. Millionen Tonnen Kohlen sind von den Halben verschwandern, zu barem Gelde gemacht. Die Schwerindustrie, die noch vor Kurzem an ihrer kypersüchtigen Einschränkung jammerte, steigert ihre Produktion von Tag zu Tag und — verbessert ihre Preise von Tag zu Tag! Wie die Vorkenntnisse melden, treten gerade die Unternehmer des Bergbaus heute als „Käufer ein gros“ an den Vorken auf. Ein Zeichen, daß Geld in Fülle und Fülle vorhanden sein muß!

Der Schwerindustrie geht es also gut. Ob die Schlichter sich das haben trümmen lassen, als sie vor wenigen Monaten den beweglichen Klagen der Unternehmer lauschten? Wir glauben es nicht. Da wäre es wirklich an der Zeit, daß auch hier bald eine gewisse innere Umstellung bemerkbar würde. Neben gerade die Schlichterstellen in den verschiedenen Jahren der Bergbau der Unternehmer sehr reichlich Rechnung getragen, als es galt, den Lohn zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern, und die „Bücherei wieder anzubehalten“, dann wäre es heute wirklich an der Zeit, den gegenseitigen Weg einzuschlagen, um durch Erhöhung der Löhne endlich die Kampflust im Innern des Landes zu prüfen und durch Verkürzung der Arbeitszeit (wenigstens soweit sie heute noch übermäßig lang bis 10 und 12 Stunden geht) die Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Das gilt nicht nur für den einzelnen Schlichter im Ranke, sondern vor allem Dingen auch der Spitze, dem Reichsarbeitsminister. Denn darüber ist sich heute doch alle Welt klar: Wenn auch der einzelne Schlichter in seinen Entschuldigungen und Vorschlägen „günstig“ ist — er wird selten einen Vorschlag zur Verbesserung nach seiner eigenen Überzeugung machen, wenn er andererseits selbst überzeugt ist, daß die übergehende Spitzenbehörde seinen Vorschlag die Verbindlichkeit verjagen wird!

Schlichter hat man versucht, in diesen Dingen gegen die Arbeiter zu regieren, ma die „Bücherei wieder anzubehalten“. Wird man endlich an maßgebender Stelle den Mut finden, um auch wieder einmal gegen die Unternehmer zu regieren, ma „den Arbeitsmarkt und die Kaufkraft wieder anzubehalten“?

Der Arbeitsmarkt Anfang November. Die Zahl der Unterstüßungsempfänger im Deutschen Reich betrug Anfang November 1.315.000. Davon waren 1.059.000 Mäntelnde und 240.000 Weibliche. Im 1. Oktober waren vorhanden: 1.335.000 Unterstüßungsempfänger, so daß der Rückgang 55.000 oder 6,1 vS betrug. Es ist zu beachten, daß die Zahl der Hauptunterstüßungsempfänger nicht den Grad der wirklichen Arbeitslosigkeit widerspiegelt. Der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie war nach dem Reichsarbeitsstatistik folgendermaßen: 51 vS betragend waren im Oktober 44 vS der Betriebe gegen 51 vS im September, betragend 37 vS gegen 35 vS im September, gut betragend waren im Oktober 19 vS der Betriebe gegenüber 14 vS im September.

Schriftenbau

Henry Ford: Das große Geste, das größere Morgen. Verlag Paul List, Leipzig. 355 Seiten, Reimen 9 M. Man sucht vergeblich in der Geschichte nach einer Persönlichkeit, die ihre Zeitgenossenschaft so nachhaltig beschäftigt hat, wie der amerikanische Automobilkönig. Ford stärker als durch seine industriellen Erzeugnisse bewegt und bestimmt er die Welt durch seine volkswirtschaftlichen und sozialen Ideen. Diese stehen seit Jahren in allen fünf Erdteilen im Vordergrund der Erörterung, bei den Unternehmern sowohl wie bei den Volkswirtschaftlern und Arbeitern. Keine dieser Gruppen kann sich dem Einfluß der Ford'schen Gedanken entziehen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß Ford strebt, die Warenerzeugung ergiebiger zu gestalten und das kapitalistische Geschäft in ein anderes, in ein mehr Sicherheit und Erfolg gewährendes Verhältnis zu Verbraucher und Arbeiterschaft zu bringen. Durch der geistig eingestorenen Kapitalistenklasse neue Wege zu Aufstieg und Sicherheit zu zeigen. Zu diesem Behufe legt Ford in seinem neuen Buche die scharfe Kritik an seinen Standesgenossen, an dem Unternehmern fort. Er begann damit, wie genugsam bekannt, in dem Buche über sein Leben und Werk. Seit dessen Erscheinen hat er sein Unternehmen weiter mächtig vergrößert und seine geschäftlichen Grundregeln allgemeiner angewandt und erprobt. Die dabei gemachten günstigen Erfahrungen veranlassen ihn, die heutige Warenerzeugung und ihre Träger noch schärfer der Rückständigkeit oder Unfähigkeit zu zeigen. Er macht in diesem Buche die Unternehmer in erster Linie für die Massenarmut und die Geschäftsstodungen verantwortlich. Was in Europa als großes Unternehmen gehe, seien nur wackelige, finanzielle Pyramiden, die zu keiner Dienstleistung an der Gemeinschaft fähig wären. Die Gebrechen der heutigen Zeit könnten auch nicht beseitigt werden, solange die Unternehmerschaft vom Profitmotiv, anstatt vom Lohnmotiv bewegt sei, das heißt, solange sie nicht trachtete, möglichst hohe Löhne mit gleichzeitig sinkenden Preisen zu gewähren. Erst wenn die Löhne ständig steigen und sich die Preise senken, welche der Absatz, hebe sich die Kaufkraft, kämen neue Aufträge, könne die Erzeugung erweiter und verbessert werden, wodurch auf ungehörten Aufstieg und stete Blüte zu rechnen sei. Der Begründung der Vorteilhaftigkeit des Lohnmotivs für Industrielle wie für Arbeiter und Verbraucher werden viele Seiten gewidmet. Soweit kann Ford auch in der Gewerkschaftswelt auf ungeteilten Beifall rechnen; denn er spricht ja nur aus, was von gewerkschaftlicher Seite unzählige Male gesagt worden ist. Der Beifall dürfte sich jedoch in sein Gegenteil dort kehren, wo Ford von der weltweiten Möglichkeit seines geschäftlichen Erfolges und von dessen politischen Voraussetzungen spricht. Hier offenbar er Ansichten, denen man meist nicht einmal in bedingtem Sinne zustimmen kann. Doch wird dadurch der große Wert dieses Buches für den kritisch betagten Arbeiter nicht gemindert. Er kann als Gewerkschafter wie als Berufsmann auch aus dieser Schrift viel lernen, und zwar hinsichtlich der technischen Verbesserung der Warenerzeugung als auch hinsichtlich der Ursachen unserer Wirtschaftskrise und anderer sozialer Übel. Das Buch kann von der Verlagsbuchhandlung Emil Fink, Stuttgart, Schloßstraße 84, bezogen werden. 1k.

Ford und wir. Herausgegeben vom Sozialen Museum in Frankfurt a. M. Die 86 Seiten starke Schrift enthält vier Vorträge „zur deutschen Umstellung“. Sie beschäftigen sich fast ausschließlich mit Ford und seinen industriellen und geistigen Werk. Der erste Vortrag von Hellmut Gulzich, der seine Erfahrungen als Arbeiter am fließenden Band in der Ford'schen Fabrik schildert, dürfte für unsere Leser der meiste wichtige sein. Denn hier schildert einmal ein Praktiker die Einbrüche der Handarbeit auf den daran beteiligten Menschen. Auch die nächsten beiden Vorträge über Arbeitsführung und Arbeitspädagogik im rationalisierten Betrieb und über Arbeit und Arbeitsverhältnis in Deutschland bringen des Nützlichen genug. Im letzten Vortrag sucht Professor Dr. M. A. r. r. die Moral des „Fordismus“ zu erläutern. Das Kernstück dieses Beitrages scheint uns einem großen Irrtum zu entstammen. Wenn sich der Verfasser den „sozialen Protektantismus“ angelächelt hat, einmal gründlich in der Nähe beisehen hätte, würde er sich diesen schon oft aufgeputzten und mitbrachten Zismus nicht auch gar noch als Ursprung des „Fordismus“ vorstellen. 1k.

Der 30. deutsche Krankenkassentag in Düsseldorf (25. und 26. Juli 1926). Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Charlottenburg, Berlinstr. 157. Preis 2 M. — Der Bericht über die letzte Jahresversammlung der Großorganisation der Krankenkassen, des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, liegt in einem stattlichen Bande vor. Ein Blick in den Bericht zeigt, daß auch der 30. Krankenkassentag wieder eine Fülle von Anregungen für die Weiterentwicklung der Krankenversicherung gebracht hat. Er ist ein gutes Spiegelbild der jetzigen Strömungen in unserer Krankenversicherung.

Gewerkschafts-Archiv, Monatshefte für Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung. Verlag Karl Zwing, Jena. Im Oktoberheft befinden sich einige recht lehrwerte Aufsätze, so über die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, über Konjunkturbelebung und Arbeitsmarkt und über die Gewerkschaftspressen — eine *Großmacht*?

Das Werkzeug. Fachblatt für die Werkzeugmacher. Gut illustriert und unter fachtechnischer Leitung. Erscheint monatlich. Vierteljahrspreis 2,25 M. Die neueste Nummer befaßt sich besonders mit modernen Werkzeugzeugen. Verlag Karl Pataky, Berlin W 35, Lützowstraße 2.

Ernst Maritz, Gejalzemes und Geprüffertes. Verlag Max Hesse, Berlin W 15. In diesem Buche sind 1000 Witze, neue und alte, aber wieder verbesserte, gesammelt.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephonnummern: S.-A. 628 41, S.-A. 628 42, S.-A. 639 90

Mit Sonntag dem 28. Nov. ist der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. November bis 4. Dezember 1926 fällig.

Zur Beachtung für die reisenden Mitglieder

Ein katastrisches Recht auf Empfang von Lotalgeldern besteht nicht. Die Auszahlung von Lotalgeldern durch die Verwaltungstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressverzeichnis vermerkt ist: „Lotalgeldern wird nicht bezahlt“, ist das Auffinden des Kassiers, weil gewisses, zu unterlassen.

Stuttgart, Kistestraße 16. Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! Zutug ist fernzuhalten:

von Diamantarbeitern nach Gana u. (Firma Messian u. Kraus) D.; von Metallarbeitern nach dem Unter-Eißaß St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Neuf (Schiffswerk Düsseldorf-Neuf, S. m. b. H.) D.; nach Reibor 2.; nach Reichs in Rumänien D.; von Silberarbeitern nach Berlin St.

2 = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M = Maßregelung; Mi = Mißstände; A = Aussperrung

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestehende Ort nicht in der Zeitung gezeichnet ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuziehen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Verbandsanzeigen

Erster Die Verwaltungstelle zahlt kein Lotalgeldern.

Drud und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Kistestraße 16